

des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am 12. November 1982
Ballhausplatz 2, 1014 Wien
Tel. (0222) 66 15, Kl. 3427 DW
Sachbearbeiter: LR Dr. Parisini

GZ. 505.06.01/30-II.1/82

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat, Dipl. Vw. Dr. Steiner,
Dr. Ermacora und Gen. an den Bundes-
minister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend angebliche Informationen
über atomare Ziele in Österreich

2085 /AB

1982 -11- 17

zu 2159 /J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 W I E N

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Vw. Dr. Steiner,
Dr. Ermacora und Gen. haben am 21. Oktober 1982 unter der
Nr. 2159/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend angeb-
liche Informationen über atomare Ziele in Österreich gerichtet,
welche den folgenden Wortlaut hat:

- " 1. Hat Frau Staatssekretär Dohnal Sie von ihrem Wissen
informiert?
2. Besitzt die Bundesregierung Informationen über Ziele für
atomare Waffen in Österreich?
3. Woher stammen diese Informationen?
4. Wurden diese Informationen überprüft?
5. Warum wurden diese Informationen der österreichischen
Bevölkerung vorenthalten?
6. Welche Schritte haben Sie unternommen, als Ihnen diese
Informationen zugegangen sind? "

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1)

Wie ich Herrn Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Vw. Dr. Steiner
in Beantwortung seines Telegramms vom 11. August 1982 bereits
mitgeteilt habe, wurde Frau Staatssekretär Johanna Dohnal von

- 2 -

der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" unkorrekt zitiert, was von ihr in einer Erklärung gegenüber der "Sozialistischen Korrespondenz" am 11. August 1982 klargestellt wurde.

Darüber hinaus hat Frau Staatssekretär Dohnal auch in einem Schreiben vom 12. August 1982 an den Chefredakteur der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" auf die unkorrekte Zitierung und die falsche Interpretation ihrer Erklärungen hingewiesen und nochmals klargestellt, dass sie nie über behauptete Informationen der Bundesregierung bezüglich Atomwaffenzielen in Österreich gesprochen, sondern lediglich in einem Gespräch über die internationale Friedensbewegung unter anderem darauf hingewiesen habe, dass sich die Menschen in Österreich aus vielerlei Gründen vor den Gefahren eines Atomkrieges fürchten. Der Kern ihrer tatsächlichen Aussage sei gewesen, dass die Folgen eines Atomkrieges zwischen anderen Staaten auch nicht an den Grenzen des neutralen Österreich hältmachen würden.

Zu 2) bis 6)

Wie meinen Ausführungen zu 1) zu entnehmen ist, handelte es sich in der ggstl. Angelegenheit um eine unkorrekte Wiedergabe bzw. falsche Interpretation von Äusserungen Frau Staatssekretär Johanna Dohnals durch die bundesdeutsche Zeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Ein Wissen im Sinne der Fragestellung war daher nicht gegeben, sodass mich Frau Staatssekretär Dohnal auch nicht von einem solchen unterrichten konnte. Sohin erübrigt sich auch eine Stellungnahme zu den Punkten 2) bis 6).

Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten:

